Afghanistan im Überblick

zusammengestellt von Theodor Rathgeber

UN-Sicherheitsrat zur Not im Land

Am 23. Juni 2022 trat der UN-Sicherheitsrat zu einer öffentlichen Anhörung und anschließenden vertraulichen Beratung zusammen, um die humanitäre Katastrophe im Land zu behandeln. Neben hochrangigen Repräsentanten aus dem UN-Generalsekretariat konnte auch ein afghanischer Menschenrechtsaktivist beim öffentlichen Teil dabei sein. Die Beratung war Bestandteil der Beschlüsse aus der Ratsresolution 2615 vom 21. Dezember 2021. Unter anderem wurde dort festgelegt, dass der für Nothilfe zuständige Koordinator aus dem UN-Generalsekretariat alle sechs Monate über die Situation in Afghanistan berichtet. Das Land wird seit längerem von verschiedenen Monitoring-Mechanismen beobachtet, so die *UN Assistance Mission in Afghanistan* (UNAMA), dem *Special Representative on Afghanistan* (und Leiterin der UNAMA) sowie dem Berichtswesen des UN Hochkommissariats für Menschenrechte (OHCHR). Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass 24,4 Millionen Afghan(inn)en, mehr als die Hälfte der Bevölkerung, dringend der humanitären Hilfe bedürfen. Der Bericht zur Nahrungssituation *Integrated Food Security Phase Classification* (IPC) hatte schon am 9. Mai davor gewarnt, dass 19,7 Millionen Afghan(inn)en sich nicht mehr ausreichend ernähren können, und davon 6,6 Millionen sich in akuter Not befinden.

UNO warnt vor Terror

Das vom UN-Sicherheitsrat eingesetzte *Analytical Support and Sanctions Monitoring Team* zur Terrorgruppe Islamischer Staat (Resolutionen 1526 (2004) und 2253 (2015)) warnte vor einer zunehmenden Bedrohung durch den Terrorismus in Afghanistan. Der 29. Bericht dieser Gruppe vom 3. Februar dieses Jahres stellte zum einen fest, dass die Taliban keinerlei Schritte unternommen hätten, um die Aktivitäten ausländischer terroristischer Kämpfer im Land einzuschränken. Terroristische Gruppen würden dort mehr Freiheit als je zuvor genießen. Darüber hinaus habe der afghanische Ableger des Islamischen Staates, ISIL-KP, eine Reihe von Anschlägen verübt, darunter einen Anschlag auf einen Sikh-Tempel in Kabul am 18. Juni mit zwei Toten und sieben Verletzten. Ebenso haben die Spannungen zwischen den Taliban und den Nachbarländern zugenommen. Am 10. Mai schlossen die Taliban die Grenze zwischen Afghanistan und Tadschikistan und beschlagnahmten die Fahrzeuge von tadschikischen Fahrern, die durch die Schließung festsaßen. Am 16. April wurden außerdem mindestens 47 Menschen bei Luftangriffen in den Provinzen Khost und Kunar nahe der Grenze zu Pakistan getötet. Ein Taliban-Vertreter behauptete, die Angriffe seien von Pakistan ausgeführt worden. Eine Behauptung, die Pakistan zurückwies.

Dringlichkeitsdebatte beim UN-Menschenrechtsrat

Die Europäische Union und Frankreich haben den UN-Menschenrechtsrat ersucht, am 1. Juli 2022 eine Dringlichkeitsdebatte über „die Lage der Menschenrechte von Frauen und Mädchen in Afghanistan" abzuhalten. Seit der Machtübernahme im August 2021 haben die Taliban die Rechte und Freiheiten afghanischer Frauen und Mädchen immer stärker eingeschränkt. Mädchen ist es seitdem verboten eine weiterführende Schule zu besuchen, und Frauen sind verpflichtet, ihr Gesicht in der Öffentlichkeit zu verhüllen. Das geschäftsführende Kabinett der Taliban und die 34 Provinzgouverneure bestehen alle aus Männern und überwiegend aus Paschtunen. Ferner strukturieren die Taliban alle staatlichen Einrichtungen um und besetzen das Regierungspersonal exklusiv durch ihnen nahestehende Personen. Die Absichtserklärungen der Taliban, eine inklusive Regierung zu bilden, haben sich als Worthülsen erwiesen – wie zu erwarten war.

Starkes Erdbeben

Am 22. Juni 2022 erschütterte ein heftiges Erdbeben der Stärke 5,9 die Provinzen Chost und Paktika im Osten Afghanistans, das die humanitäre Lage dort nochmals verschlimmert hat. Nach ersten Schätzungen kamen über 1000 Menschen ums Leben, Tausende wurden verletzt. Die Vereinten Nationen haben unmittelbar nach dem Unglück mehrere UN-Einrichtungen und humanitäre Organisationen nach Chost und Paktika entsandt und als Soforthilfe 15 Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt. Inzwischen haben unter anderem auch die Europäische Union und EU-Mitgliedsstaaten ihre humanitäre Hilfe zugesagt. Es gibt einen von der UNO beaufsichtigten „Plan für humanitäre Hilfe in Afghanistan" für das Jahr 2022, der insgesamt 4,4 Milliarden US-Dollar vorsieht, damit humanitäre Organisationen 22,1 Millionen Menschen mit lebensrettender multisektoraler Hilfe erreichen können. Gegenwärtig ist der Plan zu 31,9 Prozent finanziert.